

Protokoll

Gremium: Straßenbauausschuss

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 22.02.2017
Beginn: 15:00 Uhr
Ende: 16:25 Uhr
Sitzungsort: Kreishaus Westerstede, Sitzungssaal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Frau Susanne Lamers

Kreistagsabgeordnete/r

Herr Knut Bekaun

Frau Heidi Exner

Herr Axel Hohnholz

Herr Jan Hullmann

Frau Manuela Imkeit

Herr Bernd Janßen

Herr Gerold Kahle

Herr Rüdiger Kramer

Herr Eckhard Roese

Herr Harald Schmidt

Herr Lars Schmidt-Berg Vertretung für KA Heino Hots

Herr Andreas Stadlik

von der Verwaltung

Herr Erster Kreisrat Thomas Kappelmann

Frau Kreisamtsrätin Ingrid Meiners

Herr Kreisoberinspektor Jan-Frieso Ralle

Protokollführer

Frau Annemarie Schröder

Gäste der Nieders. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr

Herr Joachim Delfs

Herr Eckhard Georg

Herr Axel Renken

Herr Klaus Schmidt

Abwesend:

Herr Landrat Jörg Bensberg

Herr Heino Hots

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- 3 Feststellung der Tagesordnung
- 4 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung am 10.11.2016
- 5 Einwohnerfragestunde
- 6 Bericht über den Stand der Baumaßnahmen
Vorlage: MV/068/2017
- 7 Neubau und Ersatzbau von Radwegen an Kreisstraßen
Vorlage: BV/175/2017
- 8 Kreisverkehrsplätze im Landkreis Ammerland
Vorlage: MV/069/2017
- 9 Verschleißdecken- und Moorstreckenerneuerungsprogramm 2017
Vorlage: BV/176/2017
- 10 Radwegeerneuerungsprogramm 2017
Vorlage: MV/071/2017
- 11 Umbau höhengleicher Bahnübergang an der K 133 OD Rastede
Vorlage: MV/070/2017
- 12 Verkehrssicherheitskampagne
Vorlage: MV/072/2017
- 13 Mitteilungen des Landrates
- 14 Anfragen und Hinweise
- 15 Einwohnerfragestunde
- 16 Schließung der öffentlichen Sitzung

Vor der Sitzung hat ab 9:00 Uhr eine Straßenbereisung mit anschließender Besichtigung der Straßenmeisterei Westerstede stattgefunden.

Öffentlicher Teil

Zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzende Lamers eröffnet um 15:00 Uhr die Sitzung des Straßenbauausschusses und begrüßt die Anwesenden.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Verlauf der Sitzung auf Tonträger aufgenommen wird und diese Aufzeichnung mit Genehmigung des Protokolls wieder gelöscht wird.

Zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Vors. Lamers stellt fest, dass die Ladung zur Sitzung ordnungsgemäß erfolgt und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Zu TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung laut Deckblatt wird einstimmig festgestellt.

Zu TOP 4 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung am 10.11.2016

Gegen die vorgenannte Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben; sie wird einstimmig genehmigt.

Zu TOP 5 Einwohnerfragestunde

a)

Der Vorsitzende des Ortsbürgervereine Torsholt, Herr Harms, führt aus, dass er schon bei der letzten Sitzung des Straßenbauausschusses Wünsche der Bürger und Bürgerinnen aus Torsholt bzgl. des Baus von Radwegen vorgetragen habe. Er dankt der Kreisverwaltung und dem Straßenbauausschuss, dass die Planungen für den Bau eines Radweges von Torsholt nach Willbrok auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stehe. Die Planungen für den Radweg seien schon im Jahr 2012 begonnen worden und seien bis auf die Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern weitestgehend abgeschlossen. Er teilt mit, dass der Ortsbürgerverein bereit sei, bei Problemen mit den Grundstückseigentümern helfend zu unterstützen. Er fragt nach, wie wahrscheinlich es sei, dass die Planungen bis September 2017 abgeschlossen werden können.

Er geht in seinen weiteren Ausführungen auf die Torsholter Hauptstraße ein, bei der auf der Seite der Alleebäume die Baumwurzeln die Fahrbahndecken stark schädigen würden. Er fragt nach, welche Maßnahmen zur Beseitigung der Schäden ergriffen werden können und ggf. schon in der Planung seien.

EKR Kappelmann teilt mit, dass die Planungen für den Radweg von Torsholt nach Willbrok abgeschlossen seien und die Planungsunterlagen vorliegen würden. In der weiteren Folge müsse das Planfeststellungsverfahren durch den Landkreis Ammerland durchgeführt werden, bei dem noch mal mit allen Grundstückseigentümern gesprochen werde. Des Weiteren müssten in einem formellen Verfahren u. a. auch die Träger der öffentlichen Belange beteiligt werden. Im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens könnten Anwohner und betroffene Grundstückseigentümer außerdem weitere Einwände geltend machen. Ziel sei es, bis zum 30.09.2017 das Planfeststellungsverfahren abzuschließen, da dies der Stichtag für die Aufnahme in das Jahresbauprogramm 2018 sei.

Herr Schmidt führt zur Fahrbahnschädigung der Hauptstraße in Torsholt aus, dass die Schäden mit der Straßenverkehrsbehörde begutachtet worden seien. Es seien aufgrund der starken Aufwölbungen Gefahrzeichen aufgestellt worden. Des Weiteren seien Geschwindigkeitsbegrenzungen in Erwägung gezogen worden. Eine Ausfräsung der Fahrbahndecke käme aufgrund der erheblichen Aufwölbungen nicht in Frage, da dadurch der Asphalt zu stark in Mitleidenschaft gezogen werde. Alternativ müssten Bäume gefällt werden oder die komplette Fahrbahn müsse erhöht werden. Die Problematik sei bekannt und der Streckenabschnitt werde in die regelmäßige Betrachtung einbezogen. Aktuell sei aber für das Jahr 2017 noch keine Maßnahme vorgesehen.

b)

Die Vorsitzende des Ortsbürgervereins Ihausen, Frau Ackermann, führt aus, dass sie gemeinsam mit Herrn Neumann, Vors. des Ortsbürgervereins Hollriede nochmals auf die abgängigen Fahrradwege an der Straße von Ihausen nach Hollriede, die sanierungsbedürftige Fahrbahndecke und den dort vorhandenen sanierungsbedürftigen Kanal aufmerksam machen wolle. Ihr sei bewusst, dass bereits gestellte Anträge des OBV Ihausen und des OBV Hollriede bearbeitet würden und ein Ortstermin sowie ein konstruktives Gespräch mit dem Landkreis Ammerland und Vertretern der Ammerländer Wasseracht stattgefunden hätten. Die Ortsbürgervereine Ihausen und Hollriede seien der Meinung, dass eine Sanierung nur als komplette Maßnahmen durchgeführt werden solle. Heute sei es interessant zu hören inwieweit die Planungen vorangeschritten seien und mit welchem Zeitraum zu rechnen sei.

EKR Kappelmann antwortet, dass der Straßenbauausschuss in der heutigen Sitzung um ein Votum für Ersatzbauten von Radwegen gebeten werde. Es werde dazu der Vorschlag unterbreitet, dass die Planungen für den Radweg an K 349 von Torsholt nach Willbrok vorangetrieben werden sollen, damit dieser im Jahr 2018 gebaut werden könne. Des Weiteren werde um das Votum des Straßenbauausschusses gebeten, dass Planungsaufträge für Ersatzbauten für die Radwege an der K 114 Ihausen–Hollriede und eines kurzen Abschnittes an der K 347 von Moorburg nach Hollwege in Auftrag gegeben werden können. Für den Abschnitt an der K 114 müsse eine komplett neue Planung auf den Weg gebracht werden. Dies werde einige Zeit in Anspruch nehmen. Eine Umsetzung der Maßnahme im Jahr 2018 sei daher nicht realistisch.

c)

Die Bezirksvorsteherin Frau Hobbie aus Halsbek fragt nach, warum bei der innerorts durch Halsbek führenden Straße (K 114) im Rahmen der anstehenden Baumaßnahme eine Reduzierung der Fahrbahnbreite erfolgen solle und zugleich ein extrem breiter Fahrradweg mit einer Heckenanpflanzung angelegt werde. Sie ist der Ansicht, dass die Überlegungen dahin gehen müssten, dass die Straße ihre derzeitige Breite beibehalte und die Hecke, auch aufgrund der erforderlich werdenden Heckenpflege, nicht gepflanzt werden solle. Die Straße sei Umleitungsstrecke für die Autobahn und werde u. a. von Schwerlastverkehr von Baumschulen, landwirtschaftlichen Fahrzeugen und Fahrzeugen der Firma Stöhr befahren.

EKR Kappelmann führt aus, dass es sich bei den angesprochenen Punkten um Überlegungen der Stadt Westerstede gehandelt habe, dass aber nach dem letzten Gespräch mit der Stadt Westerstede beschlossen worden sei, die Straße auf der derzeitigen Breite zu belassen. Des Weiteren sei auch die angedachte Straßenbepflanzung wieder verworfen worden, weil die laufende Pflege über einen längeren Zeitraum nicht sichergestellt werden könne. Der Radweg werde aber in der seinerzeit geplanten Breite ausgeführt.

Zu TOP 6 Bericht über den Stand der Baumaßnahmen
Vorlage: MV/068/2017

Auf die Vorlage wird verwiesen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 7 Neubau und Ersatzbau von Radwegen an Kreisstraßen
Vorlage: BV/175/2017

Vors. Lamers dankt der Kreisverwaltung für die Straßenbereisung. Es sei sinnvoll und wichtig, neben den Erläuterungen auch die Begebenheiten vor Ort zu sehen.

EKR Kappelmann trägt ausführlich den Sachverhalt vor und bezieht sich auf die Vorlage. Nach Abschluss der geplanten Radwegebaumaßnahmen sei das Radwegenetz im Landkreis Ammerland weitestgehend geschlossen. Er verweist auf die Vorlage aus dem Straßenbauausschuss vom 24.02.2016 auf Seite 21. Dort seien alle Strecken aufgeführt, die wegen eines relativ geringen Verkehrsaufkommen und einer relativ geringen Anzahl an Radfahrern bisher nicht mit einem Radweg ausgestattet seien. Der Bau von Radwegen an diesen Strecken halte die Kreisverwaltung mittelfristig für nicht erforderlich. Es werde verwaltungsseitig vorgeschlagen, dass mit dem Neubau an der K 349 (Torsholt-Willbrok) das Neubauprogramm zunächst abgeschlossen werde und man sich anschließend mit Ersatzbauten von nicht mehr normgerechten bzw. ausreichenden Radwegen beschäftige. Er bittet um ein positives Votum, dass ein entsprechender Planungsauftrag an die Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr gegeben werden könne für Ersatzbauten an der K 114 und der K 347. Nach Vorlage dieser Planungen könnten dann weitere Entscheidungen zur zukünftigen Reihenfolge bzw. Priorisierung getroffen werden.

KA Kramer hält einen Abschluss des Neubauprogramms für richtig. Es müssten aber die noch auf der Liste enthaltenen Streckenabschnitte ohne Radweg für die Zukunft

im Auge behalten werden. Wichtig seien der Neubau des Radweges von Torsholt nach Willbrok und die Planungen für den Radwegeersatzbau an der K 114 und K 347. Die Wichtigkeit des Neubaus und der weiteren Planungen sei im Zuge der Straßenbereisung deutlich geworden.

Er merkt an, dass auch der Radweg von Rastede nach Hahn-Lehmden in naher Zukunft in die Planungen einbezogen werden müsse.

KA Schmidt-Berg ist ebenfalls der Meinung, dass auch weitere sanierungsbedürftige Radwege im Auge behalten werden sollten. Der Neubau des Radweges in Torsholt müsse auf den Weg gebracht werden. Der Radweg an der K 347 von Ihausen nach Hollriede sei ebenfalls dringend sanierungsbedürftig und müsse in die Planung gebracht werden. Er stimmt dem vorläufigen Abschluss des Neubauprogrammes von Radwegen zu und dankt der Kreisverwaltung für die gute Vorbereitung der Maßnahmen.

Es wird einstimmig beschlossen:

a)

Der Neubau eines Radweges an der K 349 (Torsholter Hauptstraße) von Willbrok nach Torsholt wird vorbehaltlich der Herstellung der Baureife bis zum 30.09.2017 für das Jahresbauprogramm 2018 angemeldet.

b)

Die Verwaltung wird beauftragt, Planungsaufträge für den Ersatzbau von Radwegen für die Streckenabschnitte an der K 114 (Ihausen-Hollriede) und der K 347 (BAB-Abfahrt Westerstede-West - Hollwege) zu vergeben. Die voraussichtlichen Planungskosten in Höhe von 190.000 € werden zunächst überplanmäßig zur Verfügung gestellt. Die Deckung erfolgt über Mehrerträge bei den Finanzausgleichsleistungen.

Zu TOP 8 Kreisverkehrsplätze im Landkreis Ammerland Vorlage: MV/069/2017

EKR Kappelmann trägt den Sachverhalt vor und bezieht sich auf die Vorlage. Er führt weitergehend aus, dass eine Überprüfung stattgefunden habe, inwieweit weitere Kreisverkehrsplätze im Landkreis Ammerland angelegt werden können. Eine Liste der überprüften Kreuzungen werde dem Protokoll beigelegt. Grundsätzlich sei festzuhalten, dass an keiner der untersuchten Kreuzungen eine verkehrliche Notwendigkeit für weitergehende bauliche Maßnahmen bestehe. Ebenfalls lägen keine Erkenntnisse vor, dass die Anlegung von Kreisverkehrsplätzen an diesen Kreuzungen Gefahrenpunkte beseitigen können. Er weist abschließend darauf hin, dass bei fehlender verkehrlicher Notwendigkeit zur Einrichtung von Kreisverkehrsplätzen keine Förderung erfolgen könne und insoweit der Landkreis allein die Baumaßnahmen finanzieren müsse. Die Kosten für einen Kreisverkehrsplatz lägen bei rd. 300.000,00 € - 400.000,00 €.

KA Exner führt aus, dass die CDU-Fraktion der Meinung sei, dass in anderen Landkreisen unter anderem im südlichen Oldenburger Land die Anzahl von Kreisver-

kehrsplätzen deutlich höher liege als im Landkreis Ammerland. Die CDU-Fraktion dränge darauf, die Einrichtung von Kreisverkehrsplätzen wohlwollend zu betrachten, weil der Fließverkehr anders sei als bei einer Ampelschaltung.

EKR Kappelmann erwidert, dass gefühlt tatsächlich der Eindruck entstehen könne, dass es in den genannten Landkreisen mehr Kreisverkehrsplätze gebe. Häufig handele es sich dabei aber auch um gestalterische Mittel, gerade in Ortseingangsbereichen, um Geschwindigkeiten zu drosseln. Dazu sei darauf hinzuweisen, dass Kreisverkehrsplätze die innerhalb von Ortschaften aus diesen Gründen angelegt würden, als gemeindliche Maßnahmen von der Gemeinde zu finanzieren seien.

KA Kramer führt aus, dass die Unfallhäufigkeit und Unfallschwere entscheidend sei. Es sei bekannt, dass Kreisverkehrsplätze die Unfallhäufigkeit vermindern. Im Ausland und im Umland des Landkreises Ammerland gebe es deutlich mehr Kreisverkehrsplätze. Er ist der Meinung, dass im Einzelnen die Wichtigkeit genau geprüft werden müsse. Er fragt nach, welche Vorgaben die Unfallkommission zu berücksichtigen haben, um aus der Unfallhäufigkeit die Notwendigkeit von Baumaßnahmen abzuleiten, die Grundlage für eine Förderung wäre.

Herr Delfs erläutert, dass die Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr häufig vor der Frage stehe, was die richtige Lösung für einen Knotenpunkt sei. Ein Kreisverkehrsplatz könne für den Verkehrsfluss eine gute Lösung sein, weil eine Ampelschaltung mit häufigem Stoppen und Anfahrten der Fahrzeuge nicht immer die beste Lösung sei. Eine generell richtige Lösung gebe es aber nicht und es müsse immer der Einzelfall betrachtet werden. Ein weiterer wichtiger Aspekt sei die Wirtschaftlichkeit. Vor einigen Jahren sei eine vierarmige Kreuzung mit Ampelanlage gegenüber einem Kreisverkehrsplatz im Unterhalt viel teurer gewesen. Mit Einführung der LED-Technik hätte sich dies in Betrachtung der Lebensdauer und der Energiekosten aber geändert. Die Kriterien für die Unfallkommission (bestehend aus Vertretern der Straßenverkehrsbehörden, der Straßenbaubehörde und der Polizei) hinsichtlich des Vorliegens von Unfallhäufungsstellen mit in einem Erlass des Innenministeriums festgelegt. Insoweit müsse man nicht befürchten, dass die Frage der Notwendigkeit von verkehrsrechtlichen und/oder baulichen Maßnahmen allein der subjektiven Beurteilung einzelner Personen unterliege.

Es schließt sich eine ausführliche Diskussion unter Beteiligung von KA Janßen, KA Schmidt, KA Imkeit, KA Hohnholz, KA Hullmann, KA Schmidt-Berg und EKR Kappelmann an. Dabei wird deutlich, dass die Errichtung von Kreisverkehrsplätzen eine gewisse Priorität erhalten soll und insoweit in entsprechende Überlegungen zur baulichen Umgestaltung von Kreuzungen mit einbezogen werden soll.

Vors. Lamers fasst zusammen, dass eine Liste der Kreuzungspunkte dem Protokoll angefügt werde. Es sei aber deutlich geworden, dass alle Fraktionen mögliche Kreisverkehrsplätzen wohlwollend gegenüber stehen.

Herr Delfs führt ergänzend aus, dass in jedem Einzelfall auch betrachtet werden müsse, wie man ein Baurecht für eine Kreuzungsanlage bekommen könne. Baumaßnahmen für eine zu ergänzende Ampelanlage oder eine Umgestaltung einer Kreuzungsanlage mit einer Ampelanlage können meistens ohne ein baurechtliches Verfahren durchgeführt werden. Für einen Kreisverkehrsplatz sei hingegen in den

meisten Fällen ein Planfeststellungsverfahren erforderlich, das u. a. viel Zeit in Anspruch nehme. Das Ziel mehr Kreisverkehre zu errichten müsse mit einem längerfristigen Blick gesehen werden. Viele Anwohner hätten des Weiteren Vorbehalte gegen Kreisverkehre, weil Radfahrer und Fußgänger, insbesondere Kinder mehr gefährdet seien (wofür es im Übrigen keine allgemeingültigen Belege gibt). Diese Vorbehalte würden u. a. in den Planfeststellungsverfahren vielfach als Gegenargumente vorgebracht.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**Zu TOP 9 Verschleißdecken- und Moorstreckenerneuerungsprogramm 2017
Vorlage: BV/176/2017**

KAR Meiners trägt ausführlich den Sachverhalt vor und bezieht sich auf die Vorlage.

KA Kramer fragt nach, welche Maßnahmen aus den nicht verplanten Beträgen umgesetzt werden können.

EKR Kappelmann antwortet, dass zurzeit keine konkreten Maßnahmen anstehen würden. Es könnten ggf. nur Teilmaßnahmen ausgeführt werden. Die nächste Maßnahme auf der Liste sei mit deutlich höheren Baukosten belegt. Daher werde vorgeschlagen, vorläufig abzuwarten. Bei positiven Ausschreibungsergebnissen könne im August überlegt werden, welche Maßnahmen von den dann noch zur Verfügung stehenden Finanzmitteln getätigt werden können.

Dem Kreistag wird einstimmig vorgeschlagen:

Für das Programmjahr 2017 werden die folgenden Maßnahmen zur Durchführung beschlossen:

1. Erneuerung der K 347 (Halstrup bis Hollwege) von km 28,950 bis km 30,950
Kostenanschlag: 420.000,00 €
2. Erneuerung der K 114 (TARBARG-Halsbek, 1. Bauabschnitt) von km 18,700 bis km 19,385
Kostenanschlag: 130.000,00 €
3. Sanierung einzelner Schadstellen auf verschiedenen Kreisstraßen
Kostenanschlag: 100.000,00 €
4. Moorstreckensanierung auf verschiedenen Kreisstraßen
Kostenanschlag: 150.000,00 €

Zu TOP 10 Radwegeerneuerungsprogramm 2017
Vorlage: MV/071/2017

KAR Meiners trägt den Sachverhalt vor.

Dem Kreistag wird einstimmig vorgeschlagen:

Für das Programmjahr 2017 werden die folgenden Maßnahmen zur Durchführung beschlossen:

1. Erneuerung des Radweges an der K 125 (Rostrup-Elmendorf) von km 1,400 bis km 4,230
Kostenanschlag: 140.000,00 €
2. Erneuerung des Radweges an der K 126 (Aue-Dreibergen/Dreibergen-Elmendorf) von km 2,100 bis km 3,675 und von km 3,925 bis km 4,200
Kostenanschlag: 120.000,00 €
3. Erneuerung einzelner Schadhstellen an verschiedenen Kreisstraßen
Kostenanschlag: 30.000,00 €

Zu TOP 11 Umbau höhengleicher Bahnübergang an der K 133 OD Rastede
Vorlage: MV/070/2017

EKR Kappelman trägt den Sachverhalt vor und bezieht sich auf die Vorlage. Er weist auf die ausführliche Berichterstattung in der NWZ am 22.02.2017 hin. Er ergänzt, dass die Verkehrsuntersuchungen ab Ende März durchgeführt werden sollen. Im Anschluss daran würden die verschiedenen verkehrlichen Varianten ausgearbeitet und verglichen. Die Ergebnisse könnten evtl. in der nächsten Sitzung des Straßenbauausschusses erörtert werden. Darauf folgend müsse dann eine Vorzugsvariante bestimmt werden, mit der man in die weitere Planung und in das Planfeststellungsverfahren gehen könne.

KA Kramer geht auf die vorgeschlagenen Varianten ein. Er fragt nach, ob eine mögliche Variante als Umgehungsstraße zur Folge hätte, dass die Umgehung nicht mehr Kreisstraße sei und zur Gemeindestraße werde und in der Folge dann die Unterhaltung auf die Gemeinde übergehen werde.

EKR Kappelman führt aus, dass eine mögliche Umfahrung wohl nur von der Anschlussstelle der Autobahn in Richtung Liethe in Erwägung gezogen werden könne. Die Einstufung der Umgehungsstraße würde sehr wesentlich von der Bedeutung für den überörtlichen Verkehr abhängen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 12 Verkehrssicherheitskampagne
Vorlage: MV/072/2017

KOI Ralle trägt den Sachverhalt vor. Er geht insbesondere auf die Beschaffung von zwei Dialogdisplays zur Verbesserung der Verkehrssicherheit ein und führt aus, dass bei Überschreitung der vorgeschriebenen Geschwindigkeit „langsam“ und bei Einhaltung der vorgeschriebenen Geschwindigkeit „Danke“ signalisiert werde. Die Dialogdisplays würden im vier-Wochen Rhythmus an verschiedenen Stellen im Landkreis Ammerland aufgestellt. Der Einsatz habe sich bereits bewährt.

KA Schmidt-Berg geht auf die Dialogdisplays ein und fragt nach, ob es nicht sinnvoll sei, die Anzahl der Dialogdisplays zu erhöhen, da die Verkehrssituation sich durch die Aufstellung verbessert habe.

EKR Kappelmann führt aus, dass die Dialogdisplays erst vor kurzem angeschafft worden seien. In der Vergangenheit habe man ähnliche Displays von der Polizei zur Verfügung gestellt bekommen, die die tatsächlich gefahrene Geschwindigkeit angezeigt hätten. Die Aufstellung der neuen Dialogdisplays sei erst seit ca. einem dreiviertel Jahr im Einsatz und befinde sich insoweit noch in der Erprobungsphase. Die zeitliche Wirkung dürfe nicht außer Acht gelassen werden. Ein Verkehrsteilnehmer, der regelmäßig an den Displays vorbeifahre, werde die Anzeige im Laufe der Zeit ignorieren und der positive Effekt gehe verloren. Daher würden die Standorte der Dialogdisplays regelmäßig gewechselt. Wenn sich aufgrund der Zahl der möglichen Aufstellorte die Notwendigkeit zusätzlicher Geräte ergebe, werde in Erwägung gezogen, weitere Geräte anzuschaffen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 13 Mitteilungen des Landrates

Keine Mitteilungen

Zu TOP 14 Anfragen und Hinweise

- a) KA Schmidt teilt mit, dass im Gemeinderat das Modellprojekt „Tempo 30“ besprochen worden sei. Die Gemeinden seien aufgefordert worden, Wunschvorstellungen an den Landkreis Ammerland zu übermitteln. Er fragt nach, ob diese Punkte im Straßenbauausschuss behandelt würden und ob noch entsprechende Punkte nachgereicht werden können.

EKR Kappelmann erwidert, dass KAR Meiners zu der Sitzung des Straßen- und Wegeausschusses des Gemeinderates in Apen eingeladen worden sei und auch teilgenommen habe. Hintergrund sei gewesen, dass eine Änderung der Straßenverkehrsordnung herbeigeführt werden solle, die die Möglichkeit einer Anordnung auf Tempo 30 vor Schulen, Kindergärten etc. erleichtern solle. Nach seinem Kenntnisstand sei die Änderung der Straßenverkehrsordnung noch nicht in der Umsetzung. Die Gemeinden, Fraktionen und auch einzelne Kreistagsabgeordnete können Anträge mit Benennung geeigneter Stellen an die Straßenverkehrsbehörde stellen. Die Entscheidung über diese Anträge sei aber eine ver-

kehrsbahrdliche Entscheidung, die nicht in den politischen Gremien beraten werde.

Zu TOP 15 Einwohnerfragestunde

a) Herr Harms, Vors. des OBV Torsholt dankt im Namen aller Torsholter Einwohnerinnen und Einwohner, dass der Beschluss für den Radwegebau an der Straße von Torsholt nach Willbrok positiv gefasst worden sei und der Radweg so schnell wie möglich gebaut werden solle. Er regt in Bezug auf die Sanierung der Hauptstraße an, die Straße zur Erhaltung der Alleebäume einseitig um ca. 1,5 m zu erweitern.

b) Herr Neumann, Vors. des OBV Hollriede, bedankt sich für die Aufnahme der Planungen für den Radweg von Ihausen nach Hollriede. Er führt aus, dass der Radverkehr von Hollriede nach Tarbarg seit dem Neubau des Radweges deutlich zugenommen habe. Dies zeige, wie wichtig gute Fahrradwege seien. Er führt in Bezug auf Kreisverkehre aus Sicht der Bevölkerung aus, dass man das Gefühl habe, dass Kreisverkehre im Landkreis Ammerland nicht gewollt seien.

Zu TOP 16 Schließung der öffentlichen Sitzung

Vors. Lamers schließt die öffentliche Sitzung.